



## Inhaltsverzeichnis

Seiten

Innovative Maßnahmen für echten Klimaschutz	2
Unsere Vorschläge für echten Klimaschutz	3
Vorschlag Nr. 1 - CO <sub>2</sub> -Emissionen deckeln	3
Vorschlag Nr. 2 - CO <sub>2</sub> vermeiden und nutzen	4
Exkurs: Wasserstoff – die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts	5
Vorschlag Nr. 3 - CO <sub>2</sub> speichern	7
Vorschlag Nr. 4 - Übergangstechnologien nutzen	8
Smarter Klimaschutz sichert Arbeitsplätze	8
Smarter Klimaschutz gelingt nur gemeinsam – Denken wir groß	9
Smarte Ideen für eine bezahlbare Energiewende	9
Das Klimaschutzgesetz der Landesregierung – Ein Beispiel misslungener Klimapolitik	11
Unternehmen und Häuslebauer brauchen Anreize und Planungssicherheit	12
Die EEG-Novelle als Rückschritt in Sachen Klimaschutz	13
Innovative Technologien und Erfindergeist für echten Klimaschutz	13
Das Klimaschutzgesetz im Fazit	14

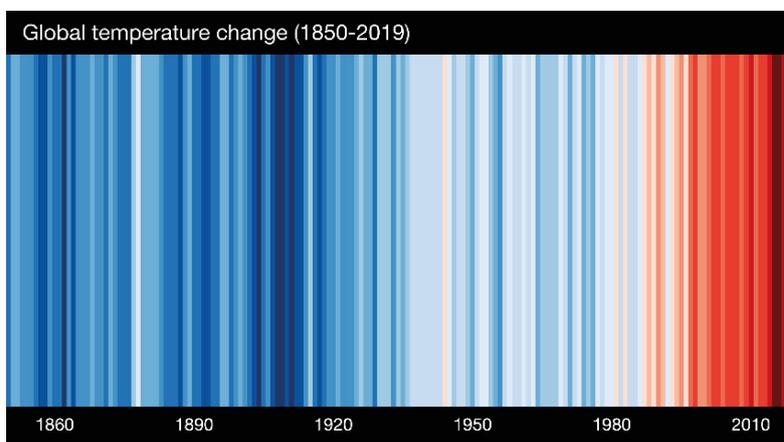
## Innovative Maßnahmen für echten Klimaschutz

Niemals zuvor hat sich das Klima so rasant verändert wie heute. Seine Entwicklung kann nur sehr schwer vorausgesagt werden – Fakt ist aber, dass dabei der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden, der Natur und Umwelt verändert. Dies kann aber auch eine herausragende Chance für eine Politik sein, die Klimaschutz durch technologischen Fortschritt und den Wohlstand einer innovativen, smarten und modernen Gesellschaft voranbringt.

Wir Freie Demokraten unterstützen ausdrücklich die klimapolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes<sup>1</sup> sind verbindlich. Schon vor 50 Jahren hat die FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in Sachen Umweltschutz Pionierarbeit geleistet und gefordert, den Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung zu verankern.

Klimaschutz gibt es nicht umsonst. Weil wir nicht zwischen Wohlstand und Klimaschutz als Alternativen wählen wollen, gibt es für uns Freie Demokraten nur eine Lösung: größtmögliche Effizienz, also mehr Klimaschutz pro investiertem Euro.

Wir Freie Demokraten setzen dabei auf Nachhaltigkeit durch Innovation und vernünftige Lösungen. Die Stärke Baden-Württembergs und Deutschlands liegt in der Entwicklung, Herstellung und dem Export von Technologien, die die Probleme und Herausforderungen der Zeit lösen. Mit dieser Stärke können wir einen globalen Beitrag zum Klimaschutz leisten und dabei unsere eigene Wirtschaft stärken.



Der Plot, der die Weltklimakrise besser begreifen lässt als jede Zahl: Unter #Showyourstripes hat Klimaforscher Ed Hawkins Daten aus aller Welt gesammelt und die Erwärmung in Streifenmustern visualisiert.

© Graphics and lead scientist: Ed Hawkins, National Centre for Atmospheric Science, University of Reading. Data: Berkeley Earth, NOAA, UK Met Office, MeteoSwiss, DWD, SMHI, UoR, Meteo France & ZAMG; Link: <https://showyourstripes.info/>; CC-BY 4.0

<sup>1</sup> Und des Ausstoßes weiterer Treibhausgase, die im Papier auf Grund des allgemeinen Sprachgebrauchs unter dem Begriff „CO<sub>2</sub>“ aufgeführt werden.



## Unsere Vorschläge für echten Klimaschutz

Wenn wir im Ländle Vorbild und Vorreiter beim Klimaschutz werden wollen, müssen wir Klimaschutz als Chance begreifen und nicht als Bedrohung. Dabei dürfen wir nicht nur bestimmte Technologien im Blick haben – wir müssen offen sein für neue Technologien. Niemand kann heute wissen, ob in Zukunft völlig neue wissenschaftliche Erkenntnisse die Neubewertung einer vielleicht heute unerwünschten Technologie erfordern. Durch erhöhte Effizienz können Ressourcen und Energie gespart, Emissionen reduziert und die Lebensqualität verbessert werden – nicht nur im Ländle oder in Deutschland, sondern weltweit.

### Vorschlag Nr. 1 - CO<sub>2</sub>-Emissionen deckeln

Wir Freie Demokraten setzen auf den europäischen Emissionshandel, also darauf, dass Marktteilnehmer für ihren Treibhausgasausstoß Verschmutzungsrechte erwerben müssen. Jahrelang mussten wir uns anhören, das sei zwar eine nette Idee, funktioniere aber nicht, da der Preis zu billig sei. Unser Antrag im Landtag „Zukunftssichere Rahmenbedingungen für gesicherte Kraftwerksleistung“ hat aber gezeigt: Der Emissionshandel wirkt deutlich! Im Juni 2019 haben die konventionellen Kraftwerke in Deutschland ein ganzes Drittel weniger Treibhausgase ausgestoßen als noch im Juni 2018. Grund dafür war das Überschreiten einer Preisgrenze im Emissionshandel, die bei ungefähr 25 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent liegt und dazu führt, dass Strom aus klimafreundlicheren Erdgaskraftwerken günstiger wird als Strom aus Stein- und Braunkohlekraftwerken. Auf diese Weise sank die Nettostromerzeugung aus Braunkohle um 38 Prozent und die Nettostromerzeugung aus Steinkohle um 41 Prozent. Kurzum: Der Kohleausstieg hat faktisch längst begonnen – rein marktwirtschaftlich und ganz ohne bürokratisches Kohleausstiegsgesetz oder milliardenschwere Entschädigungen.

Wir Freie Demokraten wollen diese marktwirtschaftliche und effiziente Form des Klimaschutzes ausweiten. Anstatt den Autobauern weiterhin flottenbezogene Obergrenzen vorzugeben oder Ölheizungen zu verbieten, müssen Kraft- und Brennstoffe endlich in den Emissionshandel einbezogen werden. Im Gegensatz zur Einführung einer starren CO<sub>2</sub>-Steuer hätten die Bürgerinnen und Bürger beim Emissionshandel Zeit, sich anzupassen und beim nächsten Autokauf oder Heizungstausch die günstigste Lösung für ihren Alltag zu finden. Eine Steuer wird nur umgewälzt und landet in den Kassen des Staates. Steuereinnahmen sind nie zweckgebunden. Verfassungsrechtliche Bedenken bestärken unsere Kritik an der CO<sub>2</sub>-Steuer. Wir wollen, dass sich der Preis für Emissionszertifikate und damit für CO<sub>2</sub> am Markt bildet. Wer in Klimaschutz investiert, braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer ist außerdem ein klimapolitisches Glücksspiel. Niemand kann den Klimawandel vorhersehen. Daher ist sie entweder unnötig hoch und belastet damit die Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig oder sie ist zu niedrig und bringt dann nur wenig für den Klimaschutz.

War der Emissionshandel vor der Corona-Pandemie schon der günstigere und effektivere Weg, so ist er nach Corona geradezu zwingend. Denn die finanziellen Spielräume sind enger geworden. Die Bundesregierung aber hat sich noch vor der Pandemie für einen anderen Weg entschieden. Statt einer Zertifikatelösung hat sie einen nationalen CO<sub>2</sub>-Preis durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) festgesetzt, der wie eine Steuer wirkt. Dieser Weg ist aus unserer Sicht verfassungswidrig. Der Gesetzgeber ist nicht völlig frei darin, neue Steuern und Abgaben einfach zu erfinden. In Artikel 106 des Grundgesetzes sind die zulässigen Arten von Steuern aufgelistet. Der im BEHG enthaltene

CO<sub>2</sub>-Preis wird Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bereits in den ersten drei Jahren mit rund 25 Milliarden Euro belasten, ohne dass ein spürbarer Effekt für den Klimaschutz zu erwarten ist. Wer genug Geld hat, zahlt die Steuer ohne Verhaltensänderung. Und eine Politik, die die Mehrbelastung bei sozial Schwachen mit Ausgleichszahlungen kompensieren will, konterkariert ihre eigene Zielsetzung.

Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass Wettbewerb der beste Klimaschützer ist. Wirksam wäre die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf den Verkehr und die Gebäude in Deutschland. Ein sektorübergreifender Emissionshandel mit einem jährlich sinkenden Zertifikatevolumen schöpft das Potential der CO<sub>2</sub> Reduzierungsmöglichkeiten am Besten aus.

Wir wollen den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und dafür nationale und internationale Kooperationspartner gewinnen. Das wird aber nur gelingen, wenn wir uns langfristig realistische Ziele setzen und auf unnötige Markteingriffe verzichten.

Klimaschutz braucht neue und intelligente Wege. Gerade Baden-Württemberg als das Land der Käpsele kann hier Lösungen entwickeln. Und damit zu einem echten Vorbild und Vorreiter werden.

## **Vorschlag Nr. 2 - CO<sub>2</sub> vermeiden und nutzen**

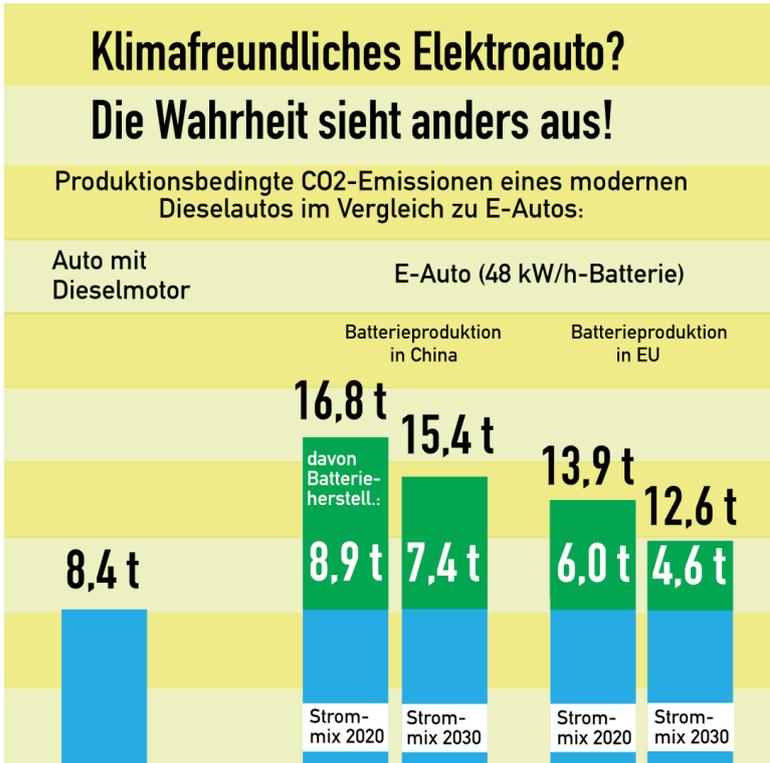
Am besten ist es, ganz auf den Ausstoß von CO<sub>2</sub> zu verzichten. Wenn das aber nicht geht, dann müssen wir ihn nutzen und CO<sub>2</sub> sinnvoll einsetzen. Schon heute wird das industrielle „Abfallprodukt“ CO<sub>2</sub> zum Beispiel in der Landwirtschaft verwendet, um Pflanzenwachstum zu beschleunigen oder als Rohstoff für chemische Produkte und künstliche Kraftstoffe. Kohlenstoff ist ein Baustoff für Vieles.

Für die Zukunft brauchen wir neue klimafreundliche Mobilitätsformen und einen attraktiven modernen Öffentlichen Nahverkehr.

Die einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität ist hinsichtlich des Klimaschutzes kontraproduktiv, denn bei der CO<sub>2</sub>-Bilanz von Autos mit Batterieantrieb gibt es erhebliche Missverständnisse. Selbst bei einer Herstellung in Europa ist der Dieselmotor bei der PKW-Produktion laut einer vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) für den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) erstellten Studie noch viele Jahre die bessere Wahl. Betrachtet man die Bestandteile eines PKW vom Schmiersystem über Luftsystem, Elektronik, Motor, Getriebe bis hin zur Batterie, werden laut VDI bei einer Batterieherstellung in China 16,8 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Umwelt abgegeben, davon alleine 8,9 Tonnen bei der Batterieherstellung (48 kWh). Bei einem Auto mit modernem Dieselmotor sind es hingegen nur 8,4 Tonnen. Aber selbst bei einer Batterieherstellung in Europa würde die Produktion eines Elektroautos deutlich CO<sub>2</sub>-intensiver sein: Aktuell stehen 13,9 Tonnen zu Buche (davon 6 Tonnen Batterieherstellung). Außerdem wird die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Elektroautos durch die offene Frage des Recycling der Batterien belastet.<sup>2</sup>

---

2 <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/elektroauto-vdi-kritisch-zur-klimabilanz-a-5be4f6e4-e998-43ba-870b-8b9a745c2a16>, abgerufen am 03.11.2020



Quelle: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaschutz-im-verkehrssektor-batterie-verhagelt-e-autos-die-co2-bilanz/26575906.html?ticket=ST-4970899-PcgHVH3TGHlf-HAbiYsY-ap2>

Synthetische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, auf der Basis von grünem Strom bieten enorme Chancen für die Zukunft der Mobilität. Dabei müssen wir nicht mal auf den Verbrennungsmotor verzichten. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Bestandsflotte kann durch E-Fuels sofort gesenkt werden. So könnten wir heute schon einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Für einen flächendeckenden Einsatz fehlen aber heute noch die gesetzlichen Grundlagen. Bundesumweltministerin Schulze blockiert zum Beispiel die Einführung des Kraftstoffs E25, bei dem bis zu ein Viertel des Benzins durch E-Fuels und Biokraftstoffe ersetzt werden soll. Dieses Verhalten schadet dem Klima.

**Exkurs: Wasserstoff – die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts**

Eine Studie der Roland Berger GmbH im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg<sup>3</sup> sieht in Wasserstoff ebenfalls eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Laut der Studie bietet das bevorstehende weltweite Marktwachstum im Bereich Wasserstoff und Brennstoffzellen enorme wirtschaftliche Potenziale für baden-württembergische Unternehmen. Denn anders als bei der Elektromobilität wird die gesamte Wertschöpfungskette von Wasserstoff und Brennstoffzellen bereits heute von über 90 Unternehmen und 18 Forschungseinrichtungen mit Standorten in Baden-Württemberg abgedeckt. Damit befindet sich im Ländle ein elementarer Anteil aller aktiver Unternehmen und Forschungsinstitutionen in Deutschland und Europa im Bereich Wasserstoff und Brennstoffzellen.

<sup>3</sup> [https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/6\\_Wirtschaft/Ressourceneffizienz\\_und\\_Umwelttechnik/Wasserstoff/200724-Potentialstudie-H2-Baden-Wuerttemberg.pdf](https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/6_Wirtschaft/Ressourceneffizienz_und_Umwelttechnik/Wasserstoff/200724-Potentialstudie-H2-Baden-Wuerttemberg.pdf)

Der Standort Baden-Württemberg hat exzellente Voraussetzungen, um eine entscheidende nationale und internationale Rolle bei der Gestaltung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie einzunehmen. Um die Potenziale auszuschöpfen, brauche es jedoch die entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, resümiert die Studie und sieht dabei insbesondere die Landesregierung in der Pflicht. Wir als FDP/DVP Fraktion pflichten dem bei, denn: Im Gegensatz zur Elektromobilität bietet die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie eine echte Zukunft für den Automobilstandort Baden-Württemberg und den damit verbundenen Wohlstand in unserem Land.

### Auswahl international führender Unternehmen mit Sitz oder Standort in Baden-Württemberg, die im Bereich Wasserstoff und Brennstoffzellen tätig sind

[weltweiter Gesamtumsatz 2018 in Mrd. EUR, Mitarbeiter weltweit 2018 gerundet]

<p><b>DAIMLER</b> Automobilhersteller</p> <p>Umsatz 167,4 Mrd. EUR Beschäftigte 299 000</p>	<p><b>BOSCH</b> Mischkonzern</p> <p>Umsatz 78,5 Mrd. EUR Beschäftigte 410 000</p>	<p><b>ENBW</b> Energieversorger</p> <p>Umsatz 20,6 Mrd. EUR Beschäftigte 22 000</p>
<p><b>AUDI</b> Automobilhersteller</p> <p>Umsatz 59,3 Mrd. EUR Beschäftigte 92 000</p>	<p><b>MAHLE</b> Automobilzulieferer</p> <p>Umsatz 12,6 Mrd. EUR Beschäftigte 80 000</p>	<p><b>FREUDENBERG</b> Zulieferer (u.a. Automobil)</p> <p>Umsatz 9,5 Mrd. EUR Beschäftigte 49 000</p>
<p><b>MANN + HUMMEL</b> Zulieferer (u.a. Automobil)</p> <p>Umsatz 4,0 Mrd. EUR Beschäftigte 21 000</p>	<p><b>ELRINGKLINGER</b> Automobilzulieferer</p> <p>Umsatz 1,7 Mrd. EUR Beschäftigte 10 000</p>	<p>Quelle: <a href="https://www.rolandberger.com/publications/publication_pdf/roland_berger_wasserstoff_und_brennstoffzellenindustrie.pdf">https://www.rolandberger.com/publications/publication_pdf/roland_berger_wasserstoff_und_brennstoffzellenindustrie.pdf</a></p>

### Abheben mit Wasserstoff

Wir Freie Demokraten wollen auch das Fliegen weder künstlich teurer machen oder sogar ganz verbieten. Warum nicht Flugzeuge in Zukunft mit Wasserstoff betreiben? Auch für Schiffe oder Lastwagen bietet Wasserstoff enorme Potenziale.

### Grüner Wasserstoff als Energieträger der Zukunft

Nicht nur im Verkehr bietet Wasserstoff Vorzüge, sondern kann auch als Speicher- und Transportmedium eingesetzt werden. Auch in der Industrie ist grüner Wasserstoff ein Medium mit Zukunft. In der Industrie gibt es schon Lösungen aus Deutschland, um etwa in der Stahlproduktion mit Wasserstoff als Energieträger kein Kohlendioxid mehr auszustoßen. Beispielsweise Thyssenkrupp Steel verfolgt einen technologieoffenen Ansatz und setzt auf zwei Pfade: die Vermeidung von CO<sub>2</sub> durch den Einsatz von Wasserstoff („Carbon Direct Avoidance“, CDA) sowie die Nutzung von anfallendem CO<sub>2</sub> („Carbon Capture and Usage“, CCU). Dabei geht Thyssenkrupp schrittweise vor. Bis 2050 soll die

Stahlproduktion bei Thyssenkrupp klimaneutral werden.<sup>4</sup>

Durch die Produktion von grünem Wasserstoff in Deutschland ergibt sich außerdem ein erhebliches Wertschöpfungspotenzial von bis zu 30 Milliarden Euro im Jahr 2050. Es könnten bis zu 800.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, wie einer aktuelle Studie des Wuppertal Instituts und DIW Econ zeigt. Ausgangspunkt für die Studie war die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, die vor allem auf den Import setzt. Deutschland importiert grünen Wasserstoff, aber im Produktionsland fachen fossile Energieträger weiterhin den Klimawandel an. Auch besteht die Gefahr, dass wasserstoffnutzende Produktionszweige wie die Stahl- und Chemieindustrie zunehmend dahin abwandern, wo der Wasserstoff produziert wird.<sup>5</sup>

### **Vorschlag Nr. 3 - CO<sub>2</sub> speichern**

Wenn CO<sub>2</sub> weder vermieden noch genutzt werden kann, müssen wir es speichern, damit es nicht in die Atmosphäre gelangt. Auch durch die industrielle Speicherung kommen wir der Klimaneutralität näher, das zeigen erfolgreiche Pilotprojekte in Deutschland, Norwegen und den Niederlanden. So hat CCS (Carbon dioxide Capture und Storage), also die Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> in Pilotverfahren in Deutschland und beispielsweise auch in alten Ölquellen unter der Nordsee bewiesen, dass technisch und mit vertretbarem Risiko möglich ist, CO<sub>2</sub> aus Abgasen abzuscheiden und dort, wo die geologischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, unterirdisch zu lagern. Für die deutsche Industrie bietet sich die Chance, CO<sub>2</sub> und damit sehr viel Geld einzusparen, schließlich ist CO<sub>2</sub>, das abgeschieden und gespeichert wird, ausdrücklich von der Zertifikatspflicht im EU-ETS befreit. Deutsche und europäische Unternehmen sind in diesem technologischen Bereich führend. Eine Finanzierung dieser modernen Abscheidungstechnik auf nationaler oder europäischer Ebene hätte einen wesentlich größeren Klimaschutz-Effekt als viele kleinteilige und höchst kostspielige Maßnahmen in Europa.

Doch es braucht nicht einmal Zukunftstechnologien. Unser Wald ist einer der größten Klimaschützer. Jeder Hektar Wald absorbiert im Jahresdurchschnitt 8 Tonnen CO<sub>2</sub>. Das entspricht nahezu dem durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck jedes deutschen Bürgers. Mit dem Ersatz fossiler, energieintensiver Rohstoffe durch nachwachsende Holzprodukte aus heimischen Wäldern kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter gesenkt werden. So entsteht aus unseren nachhaltig bewirtschafteten Wäldern eine gesamte Klimaschutzleistung von jährlich 127 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.<sup>6</sup> Auch die Renaturierung von Mooren, die als natürliche Senken dienen, indem sie einen Teil des CO<sub>2</sub> aus der Luft speichern, wollen wir nutzen und den Schutz von Moorflächen als CO<sub>2</sub>-Senken und Biotope weiter vorantreiben.

---

4 <https://www.thyssenkrupp.com/de/newsroom/pressemeldungen/thyssenkrupp-gibt-sich-klare-ziele--konzern-will-bis-2050-klimaneutral-sein--fuer-2030-bereits-30-prozent-weniger-emissionen-geplant-12803.html>

5 <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/projects/LEE-H2-Studie.pdf>

6 <https://www.wald-ist-klimaschuetzer.de/>

Während die Speicherung von CO<sub>2</sub> für Unternehmen durch die nicht benötigten ETS-Zertifikate einen finanziellen Anreiz bieten, wollen wir diesen auch für die biologische Speicherung und den Aufbau einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft schaffen: Wer künftig CO<sub>2</sub> in irgendeiner Form bindet – sei es organisch oder in der Herstellung neuer Produkte (CCU) – sollte dafür aus Mitteln der Zertifikatserlöse vergütet werden. Beispielsweise bieten Land- und Forstwirtschaft wie kein anderer Wirtschaftsbereich die Chance, CO<sub>2</sub> organisch zu binden. Dem Produkt Holz gelingt dies bei entsprechender Kaskadennutzung sogar über viele Jahre. Erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft bedeuten deswegen einen aktiven Beitrag zu effizientem Klimaschutz.

#### **Vorschlag Nr. 4 - Übergangstechnologien nutzen**

Zu einer schnellen Reduzierung der Treibhausgase kann der Ersatz von Kohlestrom durch Gas einen enormen Beitrag leisten. Bei der Stromerzeugung durch Erdgas entsteht rund 60 Prozent weniger CO<sub>2</sub>, als bei Braunkohleverstromung. Während sich der Brennstoffausnutzungsgrad von Erdgas seit 1990 von 39 auf rund 60 Prozent verbessert hat, stieg er bei Kohle nur um 5 Prozent. Die Anlagen sind grundlastfähig und können problemlos in das bestehende Stromsystem integriert werden. Aufgrund schlechter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen stehen viele moderne Gaskraftwerke derzeit still.

Wir Freie Demokraten fordern deshalb die Regulierungsbedingungen so anzupassen, dass der wirtschaftliche Betrieb moderner Gaskraftwerke wieder möglich wird und Investitionen in neue Anlagen lohnen. Anlagen wie Speicher oder Power-to-X-Systeme, die die Stabilität des Stromnetzes verbessern, sollen nicht länger als Endverbraucher eingestuft werden und damit sofort von der Zahlung der EEG-Umlage befreit werden, um damit den Anreiz zu Investitionen für solche Einrichtungen zu erhöhen.

#### **Smarter Klimaschutz sichert Arbeitsplätze**

Wer einseitig die Wirtschaft in Deutschland mit hohen Kosten für den Klimaschutz belastet, fördert lediglich eine Verlagerung der Emissionen bzw. der Produktion – und damit auch der Arbeitsplätze. Wenn Baden-Württemberg ein erfolgreiches Industrieland bleiben soll, müssen wir für globalen Klimaschutz eintreten und die industrielle Produktion stärken. Produktionsverlagerungen sind global gesehen Nullsummenspiele – sie nutzen dem Klima nichts. Mit einem internationalen und sektorübergreifenden Emissionshandel ließe sich dagegen ein höheres Klimaschutzniveau erreichen, ohne allein aus Gründen des Klimaschutzes die bestehende und vorteilhafte Spezialisierung der Volkswirtschaften zu beeinträchtigen und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu gefährden.

## **Smarter Klimaschutz gelingt nur gemeinsam – Denken wir groß**

Der Klimawandel macht vor Ländergrenzen nicht halt. Entscheidend ist deshalb ein enger Schulterschluss mit der internationalen Staatengemeinschaft.

Wir Freie Demokraten begrüßen ausdrücklich, dass am 19. Mai 2015 im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Paris das Under2 Memorandum of Understanding (Under2 MOU) aus einer gemeinsamen Initiative der Regierungen von Kalifornien und Baden-Württemberg hervorgegangen ist. Es ist eine gemeinsame Absichtserklärung zwischen subnationalen Regierungen, die, geleitet von dem Prinzip, die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celcius zu begrenzen, eine weitgehende Reduzierung von Treibhausgasemissionen zum Ziel hat. Die Absichtserklärung wurde erstmals von den zwölf Gründungsregionen am 19. Mai 2015 in Sacramento unterzeichnet. Von der UN-Klimakonferenz in Bonn 2017 bis April 2018 ist die Liste der Unterzeichner auf 205 angewachsen. Die Regionen repräsentieren mittlerweile 1,3 Milliarden Menschen und fast 40 Prozent der Weltwirtschaft. Auf der Grundlage der gemeinsamen Absichtserklärung Under2MOU hat sich die Klimaschutzinitiative zu einer Vereinigung weiterentwickelt, die Under2Coalition.

185 Länder haben das Pariser Klimaabkommen ratifiziert. Nun geht es darum, international abgestimmt Emissionen zu reduzieren. Auf der Frühjahrstagung 2019 der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds schlossen sich 22 Länder zu einer Klimakoalition zusammen. Gemeinsam wollen diese Länder auch anderen Nationen dabei helfen, ihre im Pariser Klimaabkommen vereinbarten nationalen Klimaziele zu erreichen. Deutschland kann hier wichtige Impulse für die internationale Gemeinschaft setzen, zum Beispiel bei einer Stärkung und Ausweitung eines Emissionshandelssystems. Inzwischen sind 26 Länder der Klimakoalition beigetreten.

## **Smarte Ideen für eine bezahlbare Energiewende**

Wir Freien Demokraten unterstützen die energiepolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz ausdrücklich. Um diese Ziele in der notwendigen Zeit erreichen zu können, müssen die möglichen Maßnahmen nach Effizienz und zeitlicher Wirkung priorisiert werden. Der Umstieg von einer fossil dominierten Energieversorgung zu den erneuerbaren Energien wird die Bedeutung und Rolle der Stromversorgung verstärken. Die Stromversorgung gehört zu den kritischen Infrastrukturen, deren Ausfall oder Beeinträchtigung dramatische Folgen hat. Ihre Systemrelevanz steigt mit der Erweiterung der Stromanwendungen im Bereich Mobilität und Kommunikation. Die Energieversorgung ist auch ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Baden-Württemberg. Die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung bilden mit dem Umweltschutz ein gleichgewichtiges Zieldreieck. Insbesondere die hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten der Corona-Pandemie erhöhen die Bedeutung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz.

Die Kosten für die Energiewende, wie sie aktuell gestaltet ist, aber laufen aus dem Ruder. Mehr als 33 Milliarden Euro kostet die deutsche Ökostromförderung dieses Jahr – so viel wie noch nie. Im kommenden Jahr kann die EEG-Abgabe, die jeder Haushalt und die meisten Unternehmen mit der Stromrechnung zahlen, nur durch einen tiefen Griff in die Staatskasse leicht gesenkt werden. Mit dem massiven Zuschuss aus dem Bundeshaushalt will die Bundesregierung eine Kostenexplosion bei der EEG-Umlage verhindern, die fast ein Viertel des Strompreises ausmacht. Ohne den milliarden schweren Zuschuss aus Steuermitteln, würde die Umlage um mehr als 40 Prozent auf fast 10 Cent ansteigen. Deshalb fordern wir Freie Demokraten seit Jahren einen Ausstiegspfad aus der Dauersubvention für Ökostrom. Auch die marginale Senkung der Umlage für 2021 wird die Bürger nur um wenige Euro im Jahr entlasten. Gerade in der Corona-Krise wäre es der richtige Zeitpunkt gewesen, die EEG-Umlage abzuschaffen. Statt dieser Dauersubvention brauchen wir marktwirtschaftliche Lösungen, um die erneuerbaren Energien erfolgreich in den Strommarkt zu integrieren. Die nun vorliegende Novelle des EEG aber setzt den teuren und planwirtschaftlichen Weg nur weiter fort.

Sämtliche gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich behaupten zu können und eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen alle Technologien gleichermaßen volkswirtschaftlich betrachtet werden und der komplette Prozess von der Wiege bis zur Bahre, also von der Rohstoffgewinnung über den Betrieb bis zu Entsorgung und Recycling berücksichtigt werden.

Regenerativer Strom muss dort erzeugt werden, wo die Standortverhältnisse den höchsten Wirkungsgrad und die geringsten Kosten bei vergleichbaren Umweltstandards ermöglichen.

Je mehr Windkraft und Photovoltaik ausgebaut werden, umso mehr kommt es zu Stromspitzen. Diese Stromspitzen lassen sich durch eine europaweit vernetzte Infrastruktur besser, wenn auch nicht unbegrenzt abfedern, und Zeiten mit wenig Wind und Sonnenschein können durch europaweit vernetzte Stromspeicher besser überbrückt werden, als das in nationalem Rahmen möglich ist.

Der Emissionshandel mit klar definierten Emissionsobergrenzen (Cap and Trade) hat sich als erfolgreiches Instrument bewährt. Die Treibhausgasemissionen sind in Deutschland in den letzten Jahren praktisch nur im Stromsektor zurückgegangen, und viele Studien (z.B. von Agora Energiewende) bestätigen den Emissionshandel als Haupttreiber. Er muss weiterentwickelt und auf alle Energiesektoren ausgeweitet werden, um einen fairen Wettbewerb der Ideen zu erreichen und auch heute noch gar nicht bekannten Ansätzen eine Chance geben zu können. Dann kann die kleinteilige und kostspielige Förderung spezifischer Technologien (wie z.B. mit dem EEG) deutlich reduziert werden. Als globales Klimaschutzinstrument müssen weitere internationale Kooperationspartner hinzuge wonnen werden.

Wir Freie Demokraten wollen das Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG) abschaffen. Es hat zu einem Sanierungsstau geführt. Weil der bürokratische Zwang zur umfangreichen Nutzung von erneuerbaren Energien den Umstieg auf einen effizienten Heizkessel unnötig verteuert, bleiben sinnvolle Modernisierungen aus. Wir wollen die Möglichkeit kommunaler Anschlusszweige für leitungsgebundene Wärmeversorgung aus der Gemeindeordnung streichen. Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet zwar in Verbindung mit Nah- und

Fernwärmenetzen große Chancen. Sie muss sich aber durch Wirtschaftlichkeit durchsetzen und nicht durch Beseitigung jeglichen Wettbewerbs.

Die Fördermittel des Landes müssen sich auf die Forschung und Entwicklung von Energieeffizienz und Speichertechnologien konzentrieren, während sich der Ausbau erneuerbarer Energien nach Jahren der Subventionen nun Stück für Stück selbst tragen muss.

Dabei müssen wir auch die Interessen von Energieerzeugung, Anwohnern und Natur besser in Einklang bringen und den Ausbau der Nord-Süd-Stromtrassen beschleunigen und forcieren. Das

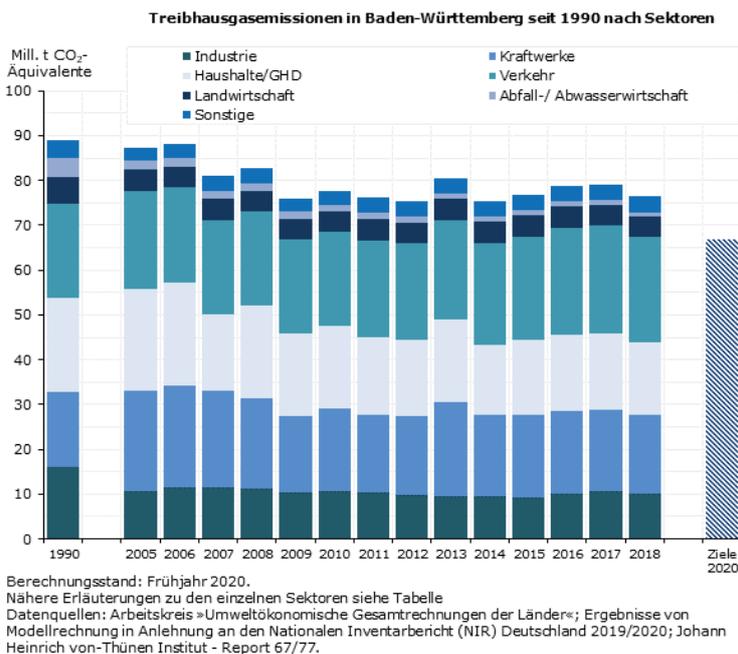
Land Baden-Württemberg soll hier als Antriebsmotor handeln und in Kooperation mit anderen Bundesländern den schnellen Ausbau vorantreiben. Ebenso müssen die transnationalen Transportwege für Strom innerhalb der EU ausgebaut und verbessert werden.

### **Das Klimaschutzgesetz der Landesregierung – Ein Beispiel misslungener Klimapolitik**

Die Landesregierung sieht im Klimaschutzgesetz ein Aushängeschild baden-württembergischer Politik. Dabei entspricht schon das oberste Ziel der Novelle, die Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg bis 2030 um 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren, nicht einmal mehr den aktuellen klimapolitischen Entwicklungen. Die Ziele fußen auf Daten aus 2017 und sind längst überholt. Im Oktober 2020 hat das EU-Parlament das EU-Klimaziel bis 2030 verschärft. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll im Vergleich zu 1990 um 60 Prozent sinken.

Genau hier zeigt sich wieder einmal, dass es völlig unsinnig ist, verbindliche Prozentvorgaben in einem Landesgesetz festzuschreiben.

Winfried Kretschmann hatte als erster grüner Ministerpräsident schon 2014 sein eigenes Klimaschutzgesetz mit mehr als 100 Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ziel: Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes des Landes um 25 Prozent bis 2020. Dass der bisher eingeschlagene Weg der Landesregierung aber nicht funktioniert, zeigt sich auch darin, dass Baden-Württemberg die für Ende 2020 die angepeilten 25 Prozent an Reduktion, wenn überhaupt, nur mit Ach und Krach erreichen wird. Und selbst dann gelingt dies nur durch Schützenhilfe aus Berlin, das den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Kohle und Gas mittlerweile bepreist und deshalb Kohlekraftwerke unwirtschaftlicher macht. Was wieder einmal mehr zeigt, dass die Kompetenzen für die Klimapolitik nicht beim Land, sondern beim Bund liegen. Selbst die Corona-Pandemie, während der Menschen zu Hause und Flugzeuge am Boden bleiben, hat die Situation bisher kaum entschärft.



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2020

2019 waren in Baden-Württemberg die CO<sub>2</sub>-Emissionen erst um 11,6 Prozent gesunken, das selbst gesteckte Ziel wäre also um mehr als die Hälfte verfehlt worden. In den Jahren 2015 und 2016 stiegen die Treibhausgasemissionen sogar weiter an.

Immer wieder wirft man uns Freien Demokraten vor, den Klimaschutz zu vernachlässigen. Ein Blick auf Nordrhein-Westfalen, wo die FDP gemeinsam mit der CDU die Regierungsverantwortung hat, aber zeigt, dass dort im Gegensatz zum grün geführten Baden-Württemberg die

Klimaziele nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen werden. Schon Ende 2018 hatte Nordrhein-Westfalen sein selbst gestecktes CO<sub>2</sub>-Minderungsziel von 25 Prozent bis 2020 um drei Prozentpunkte übertroffen. Dafür hatte das von Andreas Pinkwart (FDP) geführte Landeswirtschaftsministerium die Haushaltsmittel für den Klimaschutz von 24,2 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 128,3 Millionen Euro für 2020 mehr als verfünffacht. Während hier zu Lande noch an einer Wasserstoff-Roadmap gebastelt wird, hat Nordrhein-Westfalen nicht nur große Ziele, sondern auch konkrete Maßnahmen, um den Einsatz des klimaschonenden Energieträgers in Industrie und Verkehr zu beschleunigen. Bis 2025 sollen die ersten mit Wasserstoff betriebenen Großanlagen in Betrieb gehen, rund 100 Kilometer Pipelinenetz installiert sein und 400 Lastwagen mit Brennstoffzellen und 500 Wasserstoffbusse über die Straßen rollen. Damit würden 130.000 weitere Arbeitsplätze entstehen, erklärte Pinkwart bei der Vorstellung der ehrgeizigen Pläne zur „Wasserstoff-Roadmap NRW“ am 9. November 2020.

## Unternehmen und Häuslebauer brauchen Anreize und Planungssicherheit

Unternehmen brauchen keine einseitige, gesetzlich vorgeschriebene Photovoltaikpflicht, denn sie sind sowieso schon schneller im Umsetzen von Ideen, die wirtschaftlich sind. Vielmehr sollte die Politik sich darauf konzentrieren, die rechtlichen Hürden und die Fördersystematik so anzupassen, dass man als Unternehmer oder Häuslebauer schon aus rein monetären Gründen gar nicht umhin kommt, sich um erneuerbare Energieformen und insbesondere Photovoltaik zu kümmern. Leider ist die aktuelle Rechtslage so, dass Vorhaben zum Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf Freiflächen oder Dächern von Gebäuden ausgebremst werden. Die EEG-Systematik tut ihr übriges, das beispielsweise Speicher nicht gefördert werden, dafür aber einzelne Technologien besonders stark. Lokale Begebenheiten gehen bei diesem pauschalen Ansatz unter.

## **Die EEG-Novelle als Rückschritt in Sachen Klimaschutz**

Der aktuell vorliegende Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Novelle des Erneuerbare Energie-Gesetzes (EEG) behindert die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen nicht nur, er bestraft sie sogar durch die reduzierte EEG-Umlage für besonders energieintensive Unternehmen. Die sogenannte besondere Ausgleichsregelung im EEG ist so gestaltet, dass ihnen ein Verlust der Privilegierung droht, wenn sie Effizienzmaßnahmen umsetzen. Sinkt die Stromkostenintensität unter eine bestimmte, harte Schwelle, fallen sie aus der Regelung heraus. Die volle EEG-Umlage wiegt dann weit schwerer als mögliche Stromkosteneinsparungen. Daher schrecken viele Unternehmen vor Maßnahmen zurück, durch die der Stromverbrauch stark sinken könnte.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur EEG-Novelle ist also keine Weiterentwicklung des EEG hin zu mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb, er setzt den planwirtschaftlichen und teuren Weg fort.

Geht es nach der Bundesregierung soll es auch eine Wind-Ausbauquote für den Süden Deutschlands geben. Windkraftanlagen an windschwachen Standorten zu fördern oder eine Ausbauquote für den Süden Deutschlands einzuführen, ist aber der falsche Weg.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Gesetz ausdrücklich zu einer Frage der öffentlichen Sicherheit erklärt werden. Das ist letztendlich eine Pistole, die man den Bürgern auf die Brust setzt, um die Akzeptanz zu erzwingen.

## **Innovative Technologien und Erfindergeist für echten Klimaschutz**

Echter Klimaschutz braucht innovative Technologien und Erfindergeist. Erst die Technologien der Industrie ermöglichen Klimaschutz bei gleichzeitigem Wachstum. Umweltschutz entwickelt sich zunehmend zu einem bedeutenden Motor **für die deutsche Wirtschaft**. Bosch hat sich zum Beispiel zum Ziel gesetzt, bis 2020 alle Standorte klimaneutral zu machen. Daimler will 2022 folgen. Aber es sind nicht nur die großen Player, die hier bereits aktiv sind. Laut Statistischem Bundesamt haben die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) im Jahr 2018 in Deutschland 2,4 Milliarden Euro in den Klimaschutz investiert. Mit 463 Millionen Euro investierten Unternehmen aus Baden-Württemberg fast ein Fünftel dieser Summe. Die Unternehmer im Land wissen, dass sich Investitionen in den Klimaschutz und die Energie- und Ressourceneffizienz auch ökonomisch bezahlt machen. Darum ist es sehr begrüßenswert, wenn Unternehmen freiwillige Klimaschutzvereinbarungen mit dem Land schließen und das Land beratend mitwirkt. Dies gehört aber nicht in einen Gesetzestext.

Die im Klimaschutzgesetz der Landesregierung festgeschriebene Einführung einer Klimaabgabe auf Flugreisen der Landesverwaltung und Hochschulen scheint ausschließlich der Finanzierung der neu geschaffenen Klimaschutzstiftung zu dienen, wenn man bedenkt, dass der innereuropäische Luftverkehr schon seit 2012 in den Europäischen Emissionshandel, dem zentralen Klimaschutzinstrument der EU, einbezogen ist. Die Landesregierung verteuert wichtige Reisen von Wissenschaftlern zu Symposien und anderen Austauschplattformen, was den Forschungsstandort Baden-Württemberg benachteiligt. Dies tut sie, ohne einen sichtbaren Mehrwert für das Klima zu erreichen.

## **Das Klimaschutzgesetz im Fazit**

Mit Symbolpolitik (vgl. Zitat Abg. Paul Nemeth CDU in der 1. und 2. Lesung zum Klimaschutzgesetz) rettet man das Klima nicht. Die Landesregierung verfällt in Aktionismus und verfolgt das Ziel als Vorreiter in Sachen Klimaschutz voranzugehen. Die damit einhergehende Einschränkung für die Unternehmen im Land nimmt sie dabei in Kauf.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

## **Herausgeber | Impressum**

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Straße 3 | 70173 Stuttgart  
Telefon: 0711 2063-918 | Mail: [post@fdp.landtag-bw.de](mailto:post@fdp.landtag-bw.de) | [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)

ViSdP: Isabell Hegyi, Parlamentarische Beraterin | Stand: November 2020

Bild Seite 1: ©iStock.com/ Animaflora